

SAMUEL P. HUNTINGTON
LAWRENCE E. HARRISON (HRSG.)

Streit um Werte

Buch

Der »Kampf der Kulturen« geht weiter. Der Titel des Weltbestsellers wurde zum umstrittenen Slogan einer weltweit geführten Debatte: Gibt es ›bessere‹ Kulturen – im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, politischer Demokratie und liberaler Wirtschaft? Oder anders gefragt: Ist Unterentwicklung eine Frage der Geisteshaltung? Grundgedanke ist die Beobachtung, dass in zahlreichen Ländern, vornehmlich in Afrika, Asien und Südamerika, noch heute Analphabetentum, Sexismus, Kindersterblichkeit, vordemokratische Strukturen, Korruption und Rechtsunsicherheit herrschen, die in anderen – strukturell vergleichbaren – Ländern tendenziell als überwunden gelten. Kolonialismus, Imperialismus und Abhängigkeit vom Westen genügen hier nicht mehr als Erklärungsmuster. Ein weiterer Grund scheint in unterschiedlichen Kulturen zu liegen, die entwicklungsfördernd oder -hemmend wirken können. Namhafte Wissenschaftler und Intellektuelle stellen in »Streit um Werte« ihre gegensätzlichen Positionen zur Debatte. Gibt es einen Königsweg zum »Fortschritt« für die gesamte Welt? Wie im Westen, so auf Erden?

Herausgeber

Samuel P. Huntington, Jahrgang 1927, ist Professor für Politikwissenschaft, Berater des US-Außenministeriums und Leiter des John-M.-Olin-Instituts für Strategische Studien an der Harvard University. Er ist Mitbegründer der Zeitschrift »Foreign Affairs« und hat sich in zahlreichen Publikationen mit den Perspektiven der Weltpolitik im 21. Jahrhundert auseinandergesetzt. Sein Weltbestseller »Kampf der Kulturen« wurde in über 26 Sprachen übersetzt.

Lawrence E. Harrison ist Mitarbeiter an der Harvard Academy for International and Area Studies. Mehr als 15 Jahre leitete er USAID-Missionen (U.S. Agency für International Development) in Lateinamerika und war Mitglied in der Haiti Crisis Mission of the Organization of American States Anfang der Neunzigerjahre.

Samuel P. Huntington
Lawrence E. Harrison

(Hrsg.)

Streit um Werte

Wie Kulturen
den Fortschritt prägen

Aus dem Amerikanischen
von Holger Fließbach

GOLDMANN

Angelika Schumitz übersetzte die Beiträge
von Robert B. Edgerton und Thomas S. Weisner.
Gerlinde Schermer-Rauwolf übersetzte die Beiträge
von Barbara Crossette und Mala Htun.
Fee Engmann übersetzte den Beitrag
von Orlando Patterson.
Suzanne Gangloff übersetzte den zweiten Beitrag
von Lawrence E. Harrison.

Umwelthinweis:

Alle bedruckten Materialien dieses Taschenbuchs
sind chlorfrei und umweltschonend.

Der Goldmann Verlag ist ein Unternehmen
der Verlagsgruppe Random House GmbH.

1. Auflage

Vollständige Taschenbuchausgabe April 2004
Wilhelm Goldmann Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
© 2002 der deutschsprachigen Ausgabe
Europa Verlag GmbH, München, Wien

Lektorat: Afra Margaretha

© 2002 der Originalausgabe

by Lawrence E. Harrison und Samuel P. Huntington

»Streit um Werte« ist eine Auswahl
aus dem Buch »Culture Matters«.

Nicht aufgenommen wurden die Beiträge
von David Landes, Francis Fukuyama, Dwight H. Perkins,
Lucian W. Pye, Tu Wei-Ming, Michael Fairbanks
und Stace Lindsay

Umschlaggestaltung: Photonica/Oi (J45-192-1)

Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling

Druck: GGP Media GmbH

Verlagsnummer: 15265

KF · Herstellung: Sebastian Strohmaier

Made in Germany

ISBN 3-442-15265-8

www.goldmann-verlag.de

Zur Erinnerung
an Edward Banfield,
der so vielen von uns
den Weg erhellt hat.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort:	
<i>Samuel P. Huntington</i> : Kulturen zählen	9
Einführung:	
<i>Lawrence E. Harrison</i> : Warum Kultur wichtig ist	15

I. Kultur und wirtschaftliche Entwicklung

<i>Michael E. Porter</i> : Einstellungen, Werte, Überzeugungen und die Mikroökonomie des Wohlstands	43
<i>Jeffrey Sachs</i> : Bemerkungen zu einer neuen Soziologie der wirtschaftlichen Entwicklung	66
<i>Mariano Grondona</i> : Eine kulturelle Typologie der wirtschaftlichen Entwicklung	88
<i>Carlos Alberto Montaner</i> : Kultur und das Verhalten von Eliten in Lateinamerika	106
<i>Daniel Etounga-Manguelle</i> : Benötigt Afrika ein kulturelles Anpassungsprogramm?	119

II. Kultur und politische Entwicklung

<i>Ronald Inglehart</i> : Kultur und Demokratie	141
<i>Seymour Martin Lipset und Gabriel Salman Lenz</i> : Korruption, Kultur, Märkte	167

III. Die anthropologische Debatte

<i>Robert B. Edgerton</i> : Traditionelle Überzeugungen und Praktiken: Gibt es bessere und schlechtere?	189
<i>Thomas S. Weisner</i> : Kultur, Kindheit und Fortschritt im Afrika südlich der Sahara	211
<i>Richard A. Shweder</i> : Moralische Landkarten, »Erste-Welt«-Überheblichkeit und die Neuen Evangelisten ...	237

IV. Kultur und Geschlecht

<i>Barbara Crossette</i> : Kultur, Geschlecht und Menschenrechte .	271
<i>Mala Htun</i> : Kultur, Institutionen und Ungleichheit der Geschlechter in Lateinamerika	288

V. Kultur und amerikanische Minderheiten

<i>Orlando Patterson</i> : Kultur ernst nehmen: Rahmenstrukturen und ein afroamerikanisches Beispiel	309
<i>Nathan Glazer</i> : Zur Entflechtung von Kultur	337

VI. Beförderung des Wandels

<i>Lawrence E. Harrison</i> : Zur Förderung eines fortschrittlichen kulturellen Wandels	357
Über die Autoren	376
Namensregister	381
Danksagung	383

VORWORT

Samuel P. Huntington

Kulturen zählen

Anfang der 1990er Jahre stieß ich durch Zufall auf Wirtschaftsdaten für Ghana und für Südkorea aus den frühen 1960er Jahren und staunte, wie ähnlich sich die beiden Volkswirtschaften damals waren. Die zwei Länder wiesen eine in etwa vergleichbare Pro-Kopf-Höhe des Bruttonettoprodukts (BSP) und eine ähnliche Gliederung der Wirtschaft in Grundstoffe, verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen auf. Und beide exportierten hauptsächlich Rohstoffe, Südkorea außerdem einige Fertigwaren. Auch erhielten sie etwa gleich viel Wirtschaftshilfe. Dreißig Jahre später war Südkorea zu einem Industriegiganten mit der vierzehntgrößten Volkswirtschaft der Welt, multinationalen Unternehmen, bedeutenden Automobil-, Elektronik- und sonstigen Fertigwarenexporten und einem Pro-Kopf-Einkommen fast von der Höhe des griechischen geworden. Es bemühte sich um die Konsolidierung demokratischer Institutionen. In Ghana hatte es keine dieser Veränderungen gegeben; sein Pro-Kopf-BSP betrug jetzt ein Fünftel des südkoreanischen. Wie war dieser außergewöhnliche Entwicklungsunterschied zu erklären? Zweifellos spielten viele Faktoren eine Rolle, doch schienen mir die kulturellen ein wesentlicher Teil der Erklärung zu sein. Südkoreaner schätzen Sparsamkeit, Investitionen, harte Arbeit, Bildung, Organisation und Disziplin. Ghanaer orientieren sich an anderen Werten. Mit einem Wort: Kultur zählt.

Andere Forscher kamen Anfang der 1990er Jahre zu denselben Ergebnissen. Das lag unter anderem daran, dass sich die Sozialwis-

senschaften wieder sehr für Fragen der Kultur zu interessieren begannen.

In den 1940er und 1950er Jahren hatte man schon einmal der Kultur große Beachtung geschenkt und in ihr einen entscheidenden Faktor gesehen, um menschliche Gesellschaften zu verstehen, deren Unterschiedlichkeit zu analysieren und ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung zu erklären. Forscher in dieser Richtung waren Margaret Mead, Ruth Benedict, David McClelland, Edward Banfield, Alex Inkeles, Gabriel Almond, Sidney Verba, Lucian Pye und Seymour Martin Lipset. Sie legten eine reichhaltige Literatur vor, dann aber ging das wissenschaftliche Interesse an Fragen der Kultur in den 1960er und 1970er Jahren drastisch zurück. In den 1980er Jahren lebte das Interesse an der Kultur als einer erklärenden Variable wieder auf. Den herausragendsten und umstrittensten Beitrag zu dieser Renaissance leistete damals ein ehemaliger Funktionär des USAID, Lawrence Harrison, mit seinem 1985 vom Harvard Center for International Affairs veröffentlichten Buch *Underdevelopment Is a State of Mind – The Latin American Case* (bisher nicht auf Deutsch erschienen). Das Buch arbeitet mit parallelen Fallstudien, um nachzuweisen, dass in den meisten lateinamerikanischen Ländern deren Kultur ein Haupthindernis für ihre Entwicklung war. Harrisons Analyse löste bei Nationalökonomern, Lateinamerikaexperten und Intellektuellen Lateinamerikas einen Sturm der Entrüstung aus. In den folgenden Jahren jedoch räumten Vertreter aller dieser Gruppen der Argumentation Harrisons eine gewisse Triftigkeit ein.

Zunehmend wandten sich die Sozialwissenschaften kulturellen Faktoren zu, um Modernisierung, Demokratisierung, militärische Strategien, das Verhalten ethnischer Gruppen und die Bündnisse und Konflikte zwischen Ländern zu erklären. Die meisten der im vorliegenden Buch vertretenen Gelehrten spielten bei dieser Renaissance der Kulturthematik eine wesentliche Rolle. Ihren Erfolg bezeugte das Aufkommen einer Gegenbewegung, die kulturelle Interpretationen kleinredete. Ihre sichtbare Manifestation fand sie im Dezember 1996 in einer sehr skeptischen Besprechung neuer Arbei-

ten von Francis Fukuyama, Lawrence Harrison, Robert Kaplan, Seymour Martin Lipset, Robert Putnam, Thomas Sowell und mir im *Economist*. In der gelehrten Welt haben sich damit auch jene an der Debatte beteiligt, die in kulturellen Faktoren zwar einen wesentlichen, aber nicht den einzigen Einfluss auf das soziale, politische und wirtschaftliche Verhalten sehen, und jene, die pauschalierende Erklärungen bevorzugen, wie etwa die Verfechter des materiellen Eigennutzes in der Nationalökonomie, der »rationalen Alternative« in der Politikwissenschaft und des Neorealismus in der Theorie der internationalen Beziehungen. Der Leser wird einige dieser Auffassungen in unserem Buch wiederfinden, das von seiner Anlage her ganz bewusst auch von der im Titel formulierten These abweichende Meinungen berücksichtigt.

Die vielleicht weisesten Worte zur Bedeutung kultureller Faktoren für das menschliche Zusammenleben stammen von Daniel Patrick Moynihan: »Die zentrale konservative Wahrheit lautet, dass Kultur, nicht Politik, den Erfolg einer Gesellschaft bestimmt. Die zentrale liberale Wahrheit lautet, dass Politik eine Kultur verändern und vor sich selbst retten kann.« Um den Wahrheitsgehalt dieser zwei Wahrheiten Moynihans zu ergründen, hat die Harvard Academy for International and Area Studies unter Leitung von Lawrence Harrison das Projekt organisiert, dessen hauptsächliches, aber nicht einziges Ergebnis das vorliegende Buch ist. Inwieweit prägen kulturelle Faktoren die wirtschaftliche und politische Entwicklung? Und wenn sie es tun: Wie können kulturelle Hindernisse für die wirtschaftliche und politische Entwicklung beseitigt oder verändert werden, um den Fortschritt zu erleichtern?

Um diese Fragen wirksam angehen zu können, ist es zunächst notwendig, die Begriffe zu definieren. Mit dem Ausdruck »menschlicher Fortschritt« im Untertitel des Buches meinen wir den Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung und materiellem Wohlergehen, sozioökonomischer Gerechtigkeit und politischer Demokratie. Der Begriff »Kultur« hat natürlich in unterschiedlichen Fächern und Kontexten unterschiedliche Bedeutungen. Er wird oft gebraucht, um die geistigen, musikalischen, künstlerischen und literarischen Leistun-

gen einer Gesellschaft, eben ihre »Hochkultur« zu bezeichnen. Anthropologen, allen voran wohl Clifford Geertz, haben Kultur als »dichte Beschreibung« verstanden und mit diesem Begriff die gesamte Lebensweise einer Gesellschaft bezeichnet: ihre Werte, Praktiken, Symbole, Institutionen und menschlichen Beziehungen. Im vorliegenden Buch interessieren wir uns jedoch dafür, wie die Kultur die gesellschaftliche Entwicklung tangiert; wenn Kultur alles einschließt, erklärt sie nichts. Daher definieren wir »Kultur« rein subjektiv als die Gesamtheit der Werte, Einstellungen, Glaubensüberzeugungen, Orientierungen und Grundvoraussetzungen, die Menschen einer Gesellschaft prägen.

Unser Buch »Streit um Werte« untersucht, wie Kultur in diesem subjektiven Sinn den Umfang und die Art berührt, wie Gesellschaften einen Fortschritt ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Demokratisierung erzielen oder nicht erzielen. Die meisten Beiträge konzentrieren sich daher auf Kultur als unabhängige oder erklärende Variable. Doch obgleich kulturelle Faktoren in der Tat den menschlichen Fortschritt beeinflussen und mitunter behindern, interessieren wir uns auch für Kultur als abhängige Variable, das heißt für Moynihans zweite Wahrheit: Wie kann politisches oder anderes Handeln kulturbedingte Hindernisse für den Fortschritt beseitigen oder verändern? Die wirtschaftliche Entwicklung verändert Kulturen, das wissen wir; aber diese Wahrheit hilft uns nicht weiter, wenn unser Ziel gerade die Beseitigung kultureller Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung ist. Gesellschaften können ihre Kultur auch als Reaktion auf ein großes Trauma verändern. Durch ihre katastrophalen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg wurden Deutschland und Japan, bis dahin die zwei militaristischsten Länder der Erde, zu zwei der pazifistischsten Länder. In einem ähnlichen Sinne vermutet Mariano Grondona, dass die Fortschritte, die Argentinien Mitte der 1990er Jahre auf dem Weg zu Wirtschaftsreformen, wirtschaftlicher Stabilität und politischer Demokratie machte, zum Teil aus den katastrophalen Erfahrungen des Landes mit brutaler Militärdiktatur, militärischer Niederlage und Super-Hyperinflation resultierten.

Die Schlüsselfrage lautet also, ob es immer Katastrophen sein müssen, die einen kulturellen Wandel in Gang setzen, und ob nicht auch die politische Führung diese Funktion übernehmen kann. Dass die politische Führung dies unter bestimmten Umständen zu leisten vermag, lehrt das Beispiel Singapur. Wie Seymour Martin Lipset und Gabriel Salman Lenz in ihrem Beitrag zu diesem Buch betonen, variiert das Korruptionsniveau der Länder nach kulturellen Gegebenheiten. Zu den korruptesten zählen Indonesien, Russland und verschiedene lateinamerikanische und afrikanische Gesellschaften. Am niedrigsten ist die Korruption in protestantischen Gesellschaften Nordeuropas und ursprünglich britischen Gründungen. Konfuzianische Länder bewegen sich meist in der Mitte. Trotzdem gibt es eine konfuzianische Gesellschaft, nämlich Singapur, die mit Dänemark, Schweden, Finnland und Neuseeland zu den am wenigsten korrupten Ländern der Welt gehört. Die Erklärung für diese Abweichung ist natürlich Lee Kwan Yew, der entschlossen war, Singapur so wenig korrupt wie möglich zu machen, und damit Erfolg hatte. Hier war es »die Politik, die die Kultur veränderte und vor sich selbst rettete«. Die Frage ist natürlich, wie wenig korrupt Singapur bleiben wird, wenn Lee Kwan Yew einmal nicht mehr ist. Kann die Politik eine Gesellschaft auf Dauer vor sich selbst »retten«? Wie politisches und gesellschaftliches Handeln Kulturen fortschrittsgeneigter machen kann, das ist die zentrale Frage, die wir in den folgenden Untersuchungen zu klären hoffen.

Das Projekt »Kulturelle Werte und menschlicher Fortschritt« und das vorliegende Buch verdanken wir überwiegend den Ideen, der Tatkraft und dem Engagement von Lawrence Harrison. Er hat die Veranstaltung konzipiert, die zu behandelnden Themen benannt, die Referenten eingeladen, ihre Vorträge redigiert und die finanziellen Mittel beschafft, die alles erst ermöglichten. Die Harvard Academy for International and Area Studies war gerne bereit, das Projekt zu unterstützen, weil es unmittelbar die Interessenschwerpunkte der Akademie berührt. Seit ihrer Gründung 1986 vergibt die Akademie gut dotierte Zweijahresstipendien an junge Sozialwissenschaftler, die hervorragende Leistungen in ihrem Fach mit Experten-

wissen über Sprache, Kultur, Soziologie, Institutionen und Politik eines großen nichtwestlichen Landes beziehungsweise einer Region verbinden. Stipendiaten der Akademie unterrichten heute an führenden US-amerikanischen Hochschulen und Colleges. Überwacht wird die Arbeit der Akademie von einem Komitee aus führenden Harvard-Gelehrten, die anerkannte Experten für bestimmte Regionen sind. Aufbauend auf diesem auslandskundlichen Fachwissen, begann die Akademie vor einigen Jahren ihr Arbeitsgebiet zu erweitern und nicht mehr nur einzelne Gesellschaften und Kulturen zu untersuchen, sondern Ähnlichkeiten, Unterschiede und Wechselwirkungen zwischen allen großen Kulturen und Zivilisationen der Welt zu studieren. 1997 befasste sich eine Tagung mit den Perspektiven der Eliten in den großen Ländern und Regionen im Hinblick auf weltpolitische Tendenzen und die Merkmale einer wünschenswerten Weltordnung. Das vorliegende Buch ist eine weitere, vergleichbare Studie über die Frage, wie unterschiedliche Kulturen die wirtschaftliche und politische Entwicklung beeinflussen.

1992 warf Robert Klitgaard in einer Studie über das Verhältnis zwischen Kultur und Entwicklung die Frage auf: »Wenn Kultur wichtig ist und die Menschen seit gut hundert Jahren Kultur untersuchen, warum gibt es dann keine ausgefeilten Theorien, praktischen Richtlinien und engen beruflichen Kontakte zwischen denen, die Kultur untersuchen, und denen, die Entwicklungspolitik machen und umsetzen?« Hauptzweck unseres Buches und weiterer Arbeiten, die wir zu unternehmen hoffen, ist die Entwicklung der Theorien, die Ausarbeitung der Richtlinien und die Pflege der Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Praktikern zur Förderung jener kulturellen Bedingungen, die den Fortschritt der Menschheit begünstigen.

EINFÜHRUNG

Lawrence E. Harrison

Warum Kultur wichtig ist

Es ist nunmehr ein halbes Jahrhundert her, dass sich die Aufmerksamkeit der Welt vom Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg verwüsteten Länder ab- und der Beseitigung von Armut, Unwissenheit und Ungerechtigkeit zuwandte, die die meisten Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas damals bedrückten. Nach dem frapierenden Erfolg des Marshall-Plans in Westeuropa und dem Aufstieg Japans aus den Ruinen der Niederlage machte sich Optimismus breit. Entwicklung galt als zwangsläufige Folge des Endes des Kolonialismus. Walt Rostow äußerte 1960 in seinem einflussreichen Buch *The Stages of Economic Growth* (dt. »Stadien wirtschaftlichen Wachstums«, 1960) die Vermutung, dass die treibende Kraft hinter dem menschlichen Fortschritt eine Dialektik sei, die beschleunigt werden könne.

Und in der Tat verschwand das koloniale Joch weltweit. Die Philippinen wurden 1946 unabhängig, Indien und Pakistan 1947. Die nachosmanischen Mandate von Briten und Franzosen im Nahen und Mittleren Osten liefen bald nach dem Kriege aus. Die Dekolonisation in Südostasien, Afrika und der Karibik war Ende der 1960er Jahre im Wesentlichen abgeschlossen.

Ausdruck des herrschenden Optimismus war die »Allianz für den Fortschritt«, John F. Kennedys Antwort auf die Revolution in Kuba. Sie würde, so hoffte man, den Erfolg des Marshall-Plans wiederholen. Binnen zehn Jahren würde Lateinamerika auf gutem Weg zu unumkehrbarer Prosperität und Demokratie sein.

Doch heute, beim Eintritt in das neue Jahrhundert, haben Enttäuschung und Pessimismus diesen Optimismus verdrängt. Einige Länder – Spanien, Portugal, Südkorea, Taiwan und Singapur sowie die ehemalige britische Kolonie Hongkong – haben den von Rostow beschriebenen Weg in die Erste Welt eingeschlagen. Aber die übergroße Mehrheit der Länder liegt noch immer weit zurück, und die Bedingungen haben sich für viele Menschen in diesen Ländern gegenüber der Zeit vor 50 Jahren nicht verbessert. Von den rund sechs Milliarden Menschen, die heute auf der Erde leben, findet sich kaum eine Milliarde in den fortgeschrittenen Demokratien. Über vier Milliarden Menschen leben nach der Klassifikation der Weltbank in Ländern im »unteren Einkommensbereich« oder im »unteren Mittel des Einkommensbereichs«. Die Lebensqualität in diesen Ländern ist bestürzend, zumal nach einem halben Jahrhundert Entwicklungshilfe:¹

- Mindestens die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung von 23 Ländern – vor allem afrikanischen – sind Analphabeten. Zu den betroffenen nichtafrikanischen Ländern gehören Afghanistan, Bangladesch, Nepal, Pakistan und sogar eines in der westlichen Hemisphäre, nämlich Haiti.
- In 35 Ländern sind die Hälfte aller Frauen oder mehr Analphabeten, darunter in den eben genannten Ländern und in Ägypten, Algerien, Guatemala, Indien, Laos, Marokko, Nigeria und Saudi-Arabien.
- In 45 Ländern liegt die Lebenserwartung unter 60 Jahren – zumeist in afrikanischen Ländern, aber auch in Afghanistan, Haiti, Kambodscha, Laos und Papua-Neuguinea. In 18 afrikanischen Ländern liegt die Lebenserwartung unter 50 Jahren. Die Lebenserwartung in Sierra Leone beträgt gerade einmal 37 Jahre.
- In mindestens 35 Ländern sterben mehr als 100 von 1000 Kindern unter fünf Jahren. Die meisten dieser Länder liegen in Afrika. Betroffene nichtafrikanische Länder sind Bangladesch, Bolivien, Haiti, der Jemen, Laos, Nepal und Pakistan.
- Das Bevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern beträgt

2,1 Prozent jährlich, dreimal so viel wie in Ländern mit hohen Einkommen. Das Bevölkerungswachstum in manchen islamischen Staaten ist erstaunlich hoch: 5 Prozent in Oman, 4,9 Prozent in den Vereinigten Arabischen Emiraten, 4,8 Prozent in Jordanien, 3,4 Prozent in Saudi-Arabien und Turkmenistan.

Die ungerechteste Einkommensverteilung in Ländern, die Daten an die Weltbank geben (nicht alle tun dies), findet sich in den ärmeren, besonders in Lateinamerika und Afrika. Auf die reichsten 10 Prozent der brasilianischen Bevölkerung entfallen fast 48 Prozent des Einkommens; Kenia, Südafrika und Simbabwe liegen nur den Bruchteil eines Prozentpunktes darunter. Die oberen 10 Prozent verfügen in Chile, Guatemala, Kolumbien und Paraguay über etwa 46 Prozent des Einkommens, in Guinea-Bissau, Senegal und Sierra Leone etwa 43 Prozent. Zum Vergleich: Auf die oberen 10 Prozent in den USA, wo die Einkommensverteilung eine der ungerechtesten in fortgeschrittenen Demokratien ist, entfallen 28,5 Prozent des Gesamteinkommens.

Demokratische Einrichtungen sind in Afrika sowie in den islamischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und des übrigen Asiens gewöhnlich schwach ausgebildet bis nicht vorhanden. In Lateinamerika hat die Demokratie in den letzten 15 Jahren prosperiert, doch sind die demokratischen Experimente störanfällig, wie jüngste Ereignisse in Peru, Paraguay, Ecuador, Venezuela, Kolumbien und Mexiko gezeigt haben. Und es bleibt die gewichtige Frage, warum es Lateinamerika, einem Ableger des Westens, nach mehr als 150 Jahren Unabhängigkeit nicht gelungen ist, demokratische Institutionen zu festigen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Welt am Ende des 20. Jahrhunderts weit ärmer, weit ungerechter und weit autoritärer ist, als die meisten Menschen um die Jahrhundertmitte erwartet hätten.

Auch in den USA besteht die Armut fort, und das wenige Dekaden nach den rauschhaften Jahren der »Großen Gesellschaft« und des »Kriegs gegen die Armut«. Hispanics, von denen 30 Prozent un-

ter der Armutsgrenze leben, haben die Schwarzen als ärmste große Minderheit verdrängt. In einigen Indianerreservaten liegt die Arbeitslosigkeit bei über 70 Prozent. Bei den Schwarzen, besonders den schwarzen Frauen, sind eindrucksvolle Erfolge verzeichnet worden, aber noch immer leben 27 Prozent der Schwarzen unter der Armutsgrenze – zu einer Zeit, da die US-Wirtschaft fast zehn Jahre eines anhaltenden Wachstums und niedriger Arbeitslosigkeit erlebt hat.

Der Optimismus derer, die den Krieg gegen die Armut im Inland wie im Ausland geführt haben, ist der Resignation und sogar dem Pessimismus gewichen.

Erklärungen für das Scheitern: Kolonialismus, Dependenz, Rassismus

Als deutlich wurde, dass die Probleme der Unterentwicklung hartnäckiger waren, als die Entwicklungsexperten erwartet hatten, kamen zwei Erklärungsmuster marxistisch-leninistischen Ursprungs auf, die schließlich die Universitäten und die Politik der armen Länder sowie die Universitäten der reichen Länder beherrschten: die Kolonialismustheorie und die Dependenztheorie. Lenin hatte den Imperialismus als letztes und unausweichliches Stadium des Kapitalismus benannt, das der von ihm behaupteten Unfähigkeit zunehmend monopolkapitalistischer Länder entsprach, heimische Absatzmärkte für ihre Produkte und ihr Kapital zu finden.

Für jene ehemaligen Kolonien, Besitzungen und Mandatsgebiete, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit von Großbritannien und Frankreich, den bei weitem prominentesten Kolonialmächten, aber auch von den Niederlanden, Portugal, den USA und Japan erlangt hatten, war der Imperialismus eine Realität, die tiefe Spuren in der nationalen Psyche hinterlassen hatte und eine bequeme Erklärung für die Unterentwicklung bot. Das galt vor allem für Afrika, wo nationale Grenzen oft willkürlich, ohne Rücksicht auf Homogenität der Kultur oder Stammeszusammenhalt, gezogen worden waren.

In jenen Ländern der später so genannten »Dritten Welt«, die – wie die lateinamerikanischen – seit über hundert Jahren unabhängig waren, nahm der Imperialismus die Form der »Dependenz« an. Nach dieser Theorie wurden die armen Länder an der »Peripherie« von den reichen kapitalistischen Ländern des »Zentrums« geprellt, die die Weltmarktpreise von Rohstoffen drückten und die Preise für Fertigwaren in die Höhe trieben und deren multinationale Unternehmen schamlos Profite auf Kosten der armen Länder einstrichen.

Die Kolonialismus- wie die Dependenztheorie genießen heute keine große Glaubwürdigkeit mehr. Für viele, auch für manche Afrikaner, hat der Kolonialismus als theoretische Erklärung für die Unterentwicklung längst ausgedient. Außerdem haben vier ehemalige Kolonien, zwei britische und zwei japanische (Hongkong und Singapur beziehungsweise Südkorea und Taiwan), den Sprung in die Erste Welt geschafft. Wenn heutzutage von der Dependenztheorie kaum mehr gesprochen wird (nicht einmal an amerikanischen Universitäten, wo sie noch vor wenigen Jahren ein gängiger Begriff war, der keinen Widerspruch zuließ), so gibt es dafür verschiedene Gründe; genannt seien etwa der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa; die Transformation des Kommunismus in China zu einem konventionellen, zunehmend auf den freien Markt gerichteten Autoritarismus; der Zusammenbruch der kubanischen Wirtschaft, nachdem Russland die massiven sowjetischen Subventionen stoppte; der Erfolg der ostasiatischen »Tiger« auf dem Weltmarkt; die schwere Schlappe der Sandinisten in Nicaragua bei den Wahlen von 1990; und die Initiative Mexikos, sich Kanada und den USA in der NAFTA anzuschließen. (Eine gelungene Erörterung der Dependenztheorie bietet David Landes.)

Und so ist im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein Erklärungsdefizit entstanden. Im Laufe der Jahre haben die Entwicklungshilfeeinrichtungen ein ganzes Arsenal von Lösungen propagiert: Bodenreform, Gemeindeentwicklung, Planung, Konzentration auf die Ärmsten, auf menschliche Grundbedürfnisse, geeignete Technologie, Frauenprojekte, Privatisierung, Dezentralisierung und neuerdings »nachhaltige Entwicklung«. Eine Neuerung der 1970er Jahre

war übrigens die Einbindung von Anthropologen in Entwicklungsinstitutionen, um Entwicklungshilfeprojekte an existierende kulturelle Realitäten anzupassen. Alle diese Initiativen, ganz zu schweigen von der Betonung der freien Marktwirtschaft und des politischen Pluralismus, sind in unterschiedlichem Ausmaß nützlich gewesen. Aber sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit haben sie es nicht vermocht, auf breiter Grundlage schnelles Wachstum, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in der Dritten Welt zu schaffen.

Um die Jahrhundertmitte war das schlechte Abschneiden schwarzer Amerikaner in der US-Gesellschaft leicht zu verstehen. Es war die offenkundige Folge des Mangels an Chancengleichheit – im Bildungswesen, am Arbeitsplatz, an der Wahlurne – für jene Minderheit, die nie in den »Schmelztiegel« einbezogen worden war, die Minderheit, für die die Bill of Rights eigentlich nicht galt. In vieler Hinsicht hat sich in den letzten fünfzig Jahren in puncto Rasse eine Revolution vollzogen, nicht nur durch das Einreißen der Rassenschranken, sondern auch durch umfassende Veränderungen der Einstellungen der Weißen. Diese Revolution bewirkte einen massenhaften Aufstieg von Schwarzen in die Mittelschicht, die weitgehende Schließung der Bildungskluft zwischen Schwarzen und Weißen, einen wesentlichen Vormarsch von Schwarzen in der Politik und immer häufigere Mischehen. Ein Abstand besteht jedoch immer noch im Bereich der höheren Bildung, des Einkommens und der Gesundheit, und wenn 27 Prozent der Schwarzen unter der Armutsgrenze leben und die Mehrheit der schwarzen Kinder von allein stehenden Müttern geboren werden, kann man nicht davon sprechen, dass wir die Probleme des Ghettos überwunden hätten.

Rassismus und Diskriminierung taugen heute, fünfzig Jahre später, nicht mehr als Erklärung für das schlechte Abschneiden von Schwarzen, auch wenn es Rassismus und Diskriminierung gelegentlich noch gibt. Diese Schlussfolgerung wird durch das schlechte Abschneiden der Hispanics unterstrichen, das heute das größere Problem darstellt. 30 Prozent der Hispanics leben unter der Armutsgrenze, und die Rate ihrer Schulabbrecher liegt ebenfalls bei 30 Prozent – mehr als doppelt so hoch als bei den Schwarzen. Hispanic-Einwan-

derer sind diskriminiert worden, aber gewiss weniger als Schwarze und wohl nicht stärker als chinesische und japanische Einwanderer, die in puncto Bildung, Einkommen und Gesundheit erheblich über dem nationalen Durchschnitt liegen. Wir verweisen nebenbei auf die signifikant höhere Armutsrate von fast 50 Prozent und die hohe Schulabbrecherrate von rund 70 Prozent in Lateinamerika.²

Das kulturelle Paradigma: das Symposion der Harvard Academy

Sind nun Kolonialismus und Dependenz keine befriedigenden Erklärungen für Armut und Autoritarismus in Übersee (und Rassismus und Diskriminierung keine befriedigenden Erklärungen für das schlechte Abschneiden von Minderheiten in unserem eigenen Land) und gibt es für geografisch-klimatologische Erklärungen zu viele Ausnahmen (zum Beispiel das tropische Singapur, Hongkong, Barbados und Costa Rica; siehe die Diskussion weiter unten): Wie lässt sich dann die nur sehr schleppende Entwicklung der Menschheit hin zu Prosperität und politischem Pluralismus im vergangenen halben Jahrhundert erklären?

Heute konzentrieren sich immer mehr Wissenschaftler, Journalisten, Politiker und Entwicklungshelfer auf die Rolle von kulturellen Werten und Einstellungen als Beförderer oder Verhinderer des Fortschritts. Sie berufen sich auf Alexis de Tocqueville, der zu dem Ergebnis kam, es sei die der Demokratie kongeniale Kultur, die das politische System Amerikas funktionieren lasse; auf Max Weber, der den Aufstieg des Kapitalismus im Wesentlichen als ein in der Religion wurzelndes, also kulturelles Phänomen erklärte; und auf Edward Banfield, der in einer weltweit übertragbaren Studie die kulturellen Wurzeln von Armut und Autoritarismus in Süditalien aufdeckte.

In den 1940er und 1950er Jahren standen Kulturstudien und die Betonung der Kultur im Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. Danach versiegte das Interesse. In den vergangenen 15 Jahren hat jedoch eine Renaissance kultureller Studien stattge-

funden, die auf die Formulierung eines neuen, kulturzentrierten Paradigmas von Entwicklung und menschlichem Fortschritt zuläuft.

Im Sommer 1998 beschloss die Harvard Academy for International and Area Studies, die Verbindung zwischen Kultur und politischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu erkunden, und zwar hauptsächlich im Hinblick auf ärmere Länder, aber auch unter Berücksichtigung der Probleme von schlecht gestellten Minderheiten in den USA. Wir hatten das Glück, für das Projekt sowohl einen großen Teil der für die Renaissance kultureller Studien verantwortlichen Forscher als auch Vertreter entgegengesetzter Auffassungen zu interessieren. Das Symposium »Kulturelle Werte und menschlicher Fortschritt« fand – unter Beteiligung einer illustren Zuhörerschaft – vom 23. bis 25. April 1999 in den Räumen der American Academy of Arts and Sciences in Cambridge (Massachusetts) statt.

Ablauf und Teilnehmer des Symposions

Das Symposium gliederte sich in acht Foren, von denen jeweils vier an den ersten zwei Tagen abgehalten wurden. Danach folgte eine halbtägige Abschlussveranstaltung.

Das erste Forum, moderiert von Jorge Domínguez von der Universität Harvard, behandelte das Verhältnis zwischen politischer Entwicklung und Kultur. Ronald Inglehart, der Koordinator des World Values Survey, vertrat die These, dass eine starke Verbindung zwischen kulturellen Werten und politischer – und wirtschaftlicher – Entwicklung bestehe. Francis Fukuyama erörterte die entscheidende Rolle des Sozialkapitals bei der Förderung demokratischer Institutionen. (Dieser Beitrag wird hier nicht abgedruckt, da er in Fukuyamas auf Deutsch erschienenem Buch *Der große Aufbruch* enthalten ist.)³ Seymour Martin Lipset ging in seinem Beitrag dem Zusammenhang zwischen Kultur und Korruption nach.

Christopher DeMuth, Präsident des American Enterprise Institute, moderierte das erste von zwei Foren über Kultur und wirtschaftliche Entwicklung. David Landes präziserte die Schlussfolgerung seines Buches *The Wealth and Poverty of Nations* (dt. »Wohlstand